

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

20.12.1919 (No. 298)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 952, 953 und 954, Postfach Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptgeschäftsführer G. M. e. n. d. Druck- und Verlags: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6.45 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Postgebühren 5.40 M. — Einzelnummer 15 P. — Anzeigengebühren: die 7 mal gesparten Zeilen oder deren Raum 25 P. zuzüglich 20 % Steuerzuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, grangewiesener Verteilung und Konkreterbestellung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Wahlmindernd, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen anderer Betriete oder in denen anderer Betriete ist der Lieferant nicht verpflichtet, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird kein Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Befoldungsfrage der Beamten.

Die in den Zeitungen in den letzten Tagen verbreitete Nachricht, das Reichsfinanzministerium habe dem Reichstag einen Gesetzentwurf, betreffend die einheitliche Regelung der Befoldungsfrage im Reich und in den Ländern vorgelegt, bedarf der Richtigstellung. Der Entwurf eines solchen Gesetzes ist allerdings dem Reichstag vorgelegt worden, jedoch nur in Folge eines beabsichtigten Verfehlers. Der Vertreter der badischen Regierung hat an zuständiger Stelle in Berlin folgende Erklärung abgegeben:

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung in Beamtenbefoldungsangelegenheiten ist die badische Regierung nicht einverstanden gewesen. Der Gesetzentwurf kommt zu spät. Einige Länder haben ihm bereits vorgegriffen durch zahlreiche Beförderungen von Beamten, insbesondere in der Eisenbahnverwaltung. Damit die badischen Beamten nicht benachteiligt werden, ist die badische Regierung genötigt, dem Landtag noch in einem Nachtrag zum Staatsvoranschlag eine Vermehrung der etatmäßigen Stellen sowie die schon vor dem Kriege in Aussicht genommene und nur unter dem Zwang der Verhältnisse zurückgestellte Befestigung gewisser Särten des Gehaltstafels vorzuschlagen.

#### Zur Neugestaltung unseres Schulwesens.

Während die alte Reichsverfassung das ganze Gebiet der Kulturpolitik, d. h. die Regelung der religiösen Grundrechte des Staatsbürgers und der Rechte der Religionsgesellschaften und ihres Verhältnisses zum Staate sowie das Bildungs- und Schulwesen ausschließlich der Zuständigkeit der Bundesstaaten überlassen hatte, ist in der neuen Reichsverfassung dem Reiche das Recht gegeben worden, im Wege des Reichsgesetzes Grundrechte aufzustellen für die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften sowie für das Schulwesen einschließlich des Hochschulwesens und des wissenschaftlichen Bucherwesens.

In Ausübung des ihm im Artikel 10 eingeräumten Rechtes hat das Reich selbst schon in der Verfassung in den Artikeln 135-160 nicht nur „Grundrechte“, sondern bisweilen bis ins Einzelne gehende Rechtsregeln für die religiösen Grundrechte und die Religionsgesellschaften in ihren Beziehungen zum Staate und vor allem für den Aufbau unseres Bildungs- und Schulwesens aufgestellt. Doch enthalten diese Verfassungsartikel noch viele, der näheren Erläuterung und Ausführung bedürftigen Bestimmungen, die in einem besonderen Reichsschulgesetz ihre Erledigung finden sollen. Zur Vorbereitung dieses Reichsschulgesetzes waren in der Zeit vom 20. bis 22. Oktober und vom 27. November bis 3. Dezember im Reichsministerium des Innern in Berlin die Vertreter der einzelstaatlichen Unterrichtsverwaltungen unter Leitung namhafter Schulmänner zum Reichsschulaustrusch zusammengetreten. Von Baden nahmen Minister Hummel, zuerst Ministerialdirektor Dr. Schmidt, an seiner Stelle später Ministerialrat Dr. Baumgartner daran teil. In eingehendsten Erörterungen wurde eine reiche Fülle von Gegenständen behandelt und der Reichsregierung bestimmt formulierte Vorschläge für die einzelnen Gebiete, die das Reichsschulgesetz regeln soll, unterbreitet.

Der Reichsschulaustrusch war mit der Reichsregierung darüber einig, daß im Hinblick auf die Dringlichkeit der Lösung einiger in der Reichsverfassung ungeklärter Fragen, mit der Regelung dieser nicht zugewartet werden könne, bis etwa alle Bildungs- und Schulfragen von allen an ihrer Lösung interessierten Kreisen so eingehend behandelt worden wären, wie es die Wichtigkeit derselben verlangen würde. Es wurde deshalb beschlossen, die dringlichsten Fragen herauszugreifen und sie in einem kleinen Reichsschulgesetz zu regeln, das möglichst noch vor Ostern von der deutschen Nationalversammlung verabschiedet werden sollte. So wurden Grundrechte aufgestellt für die nach Artikel 146 der Reichsverfassung als grundsätzlich vorherrschende erklärte Schulart der Sigmundschule, dann die genau begriffliche Bestimmung der Bekenntnisschule und der Bekenntnisfreien oder weltlichen Schule gegeben, sowie Vorschriften aufgestellt für die Voraussetzungen der Zulässigkeit der Antragsstellung auf Einführung von Sonderschulen. Sodann wurde die Mindestdauer der Grundschulpflicht für alle Kinder festgelegt und die Vorschläge für den Abbau der bestehenden öffentlichen und privaten Schulen formuliert. Einen breiten Raum in den Beratungen nahm die Lehrerbildungsfrage ein.

Diese und alle übrigen Fragen sollen der eingehenden Erörterung auf der in den Osterferien in Berlin stattfindenden großen Reichsschulkonferenz vorbehalten bleiben. Dieses Schulparlament soll auf möglichst breiter Grundlage aufgebaut sein und deshalb alle an Bildungs- und Schulwesen interessierten Volksschichten umfassen. Die Teilnehmerzahl wurde auf etwa 400 einschließlich der Regierungsvertreter festgesetzt. Es werden auf ihr vertreten sein: Die den verschiedenen Schulartungen zugehörigen Lehrervereinigungen, dann pädagogische Vereinigungen allgemeinen Charakters, schulpolitische Organisationen, ferner Vertreter der Städte, der Landgemeinden, der wirtschaftlichen Interessen (Handel, Industrie und die Gewerkschaften usw.). Sodann hervorzuheben Einzelpersonen, darunter auch führende Schulpoli-

tiker der verschiedensten Richtungen. Eine reiche Fülle von Beratungsgegenständen wird dieser Reichsschulkonferenz unterbreitet werden. Sie soll:

1. Stellung nehmen zum Aufbau des ganzen Schulwesens, im Sinne der Einheitschule,
2. über die Dauer der Grundschulpflicht,
3. über die zweckmäßigste Festsetzung des einheitlichen Schuljahresbeginnes sich aussprechen,
4. Grundsätze aufstellen für das gesamte Lehrerbildungswesen und
5. für die Auslese der zum Übergang in die Aufbauschule bestimmten Schüler Richtlinien geben;
6. das Prüfungs- und Berechtigungswesen behandeln,
7. sich über die Schülerelbstverwaltung und die Elternbeiträge aussprechen,
8. die Frage der Privatschulen erörtern,
9. ihre Aufmerksamkeit auch den deutschen Schulen im Auslande widmen,
10. die Frage der Beteiligung von Reich, Staat und Gemeinden an der Schulverwaltung und den Schullasten erörtern.

Die Wichtigkeit der zu behandelnden Gegenstände erfordert eine eingehende Erörterung durch die Sachmänner und Schulpolitiker, deren Urteil für die Schulverwaltung in Reich und Ländern von größter Bedeutung sein wird.

#### Einschränkung des Kohlenverbrauchs am Samstag, 27. Dezember.

In diesem Jahre fallen die Weihnachtsfeiertage auf Donnerstag und Freitag. Dem nächsten Arbeitstag, also dem Samstag, den 27. Dezember 1919 folgt schon wieder ein Sonntag. Es ist, wie wir hören, von verschiedenen Seiten angeregt worden, im Interesse der Erspargung von Kohle gewerbliche Arbeit an diesem zwischen den Feiertagen und dem Sonntag liegenden Arbeitstag zu verbieten, was um so unbedenklicher sei, als die verkürzte Samstagarbeit in zahlreichen Betrieben des Landes schon eingeführt sei, und deshalb der Anfall an Lohn und Produktion sich in sehr mäßigen Grenzen bewegen würde.

Die Erwägungen, die zu diesen Vorschlägen führten, sind durchaus zutreffend. Wenn trotzdem von einer allgemeinen Anordnung abgesehen wird, so geschieht dies deshalb, weil man hoffen darf, daß die meisten Betriebe in ihrem eigenen Interesse eine mit ungewöhnlichem Aufwand an Heizmitteln verbundene Aufnahme des Betriebes für den Samstag unterlassen werden, soweit nicht der Stand ihrer Arbeiten oder die Rücksicht auf ihre Arbeiter sie unbedingt dazu zwingen. Es empfiehlt sich daher, daß jeder Betriebsinhaber im Benehmen mit seinem Arbeiterausschuß die Frage eingehend prüft und darnach die Maßnahmen trifft, die im Interesse des Betriebes und der Allgemeinheit am zweckmäßigsten sind. Betriebe mit zahlreichen auswärtsigen Arbeitern, die am Samstag, den 27. Dezember 1919 nicht arbeiten wollen, werden gebeten, dies rechtzeitig der zuständigen Betriebsinspektion der Badischen Staatseisenbahnen anzuzeigen, damit diese in der Lage ist, unnötige Arbeiterzüge einzusparen.

#### „Wie Millionen verdient werden.“

Aus der Berliner Wochenzeitung „Die Wahrheit“ vom 2. November 1919 hat der Karlsruher „Reisdenkungsanzeiger“ unter dem Titel: „Wie Millionen verdient werden“, die geeignet ist, über die badische Siedlungs- und Landbank G. m. b. H. und ihre Tätigkeit eine ganz salbungreiche Auffassung zu verbreiten. Zur tatsächlichen Berichtigung und zur Aufklärung sei daher folgendes festgesetzt:

Die badische Siedlungs- und Landbank ist eine gemeinnützige G. m. b. H., in der neben dem Staat als Hauptgeschäftsführer Städte und Kreise, sowie sämtliche landwirtschaftlichen Organisationen Badens vertreten sind.

Dem Gesellschafterkreis von öffentlichen Körperschaften entspricht die Zusammenfassung des Aufsichtsrates, der aus Vertretern der beteiligten Behörden und Organisationen, ohne Rücksicht auf parteipolitische Zugehörigkeit der einzelnen Gremien, zusammengesetzt ist. Die parteipolitische Zugehörigkeit der Aufsichtsratsmitglieder hat mit der rein sachlichen und unparteiischen Arbeit der Siedlungs- und Landbank nichts zu tun.

Durch die Satzungen ist bestimmt, daß das Gesellschaftskapital höchstens mit 5 Prozent verzinst werden darf und daß etwige weitere Überschüsse nur zur Durchführung der gemeinnützigen Siedlungsaufgaben in Baden verwendet werden dürfen.

Als erstes großes Unternehmen führt die Bank die Errichtung einer größeren neuen Bauernsiedlung auf dem Gelände des Jagerschießplatzes bei Pforzheim durch, da es in unserem nicht besiedelten Baden in erster Linie darauf ankommt, die landwirtschaftliche Produktionsfläche durch Gewinnung neuen Landes zu vergrößern. Aus diesem Grunde ist auch die Staatsverwaltung (Finanzministerium) der Siedlungsbank im Interesse der Hebung der Landwirtschaft sehr verständnisvoll entgegengekommen. Zugleich wurde dabei der Siedlungsbank die Aufgabe gestellt, durch Selbstverwertung des anfallenden Holz im schlagungsweisen Gesamtmaß von rund 190 000 fm (statt 380 000 fm) der gemeinnützigen Bau-tätigkeit des Landes diejenigen Bauholzmengen zu angemessenen Preisen zu liefern, die diese heute im freien Markt fast überhaupt nicht, oder nur zu unerhörten Preisen erhalten kann; diese Preise müssen dann wieder durch Staat und Gemeinden in Form von Bauholzungsschüssen gedeckt und damit von der Gesamtheit in Form von Steuern aufgebracht werden. Eine genügende Bauqualität zur Erstellung von Meintochnungen kann unter diesen Verhältnissen nur dadurch

ermöglicht werden, daß die Bauholzbeschaffung in gemeinsamer Weise geregelt wird.

Nach genauen Berechnungen, die über das Unternehmen angestellt wurden, werden Staat und Gemeinden durch dieses Unternehmen auf Grund der Bauholzbeschaffung zu angemessenen Preisen nicht nur Millionen an Baukosten zu sparen, sondern es wird auch der Staat aus der Verwertung des Holzbestandes durch seine ganz überwiegende Beteiligung am Reinerlös des Holzes infolge der Arbeit der Siedlungsbank noch einen wesentlich höheren Ertrag erzielen, als dies bei Verkauf des Rohholzes an Holzhändler und Sägewerke der Fall sein würde. Die Steuerzahler können also über dieses Unternehmen nur erfreut und auch sonst völlig beruhigt sein, da über die geschäftlich-finanzielle Durchführung vom Finanzministerium neben der allgemeinen Kontrolle durch den Aufsichtsrat noch eine eingehende Sonderkontrolle durchgeführt wird.

Es darf darum mit aller Bestimmtheit erwartet werden, daß dieses völlig einwandfreie Unternehmen mit seinem rein gemeinnützigen Charakter bei der Überprüfung Reichheit der Bevölkerung voller Zustimmung sicher sein darf und daß Ausstreunungen gegenteilig interessierter Kreise keinen Boden finden.

#### \* Die Gefahr der Verpreuung

Aber Nacht ist am Horizont unseres innerpolitischen Lebens eine Erscheinung aufgetaucht, die wir nicht anders, als eine schwere Gefahr für die Zukunft unseres Reiches und unseres Volkes bezeichnen können. Die drei Mehrheitsparteien des preussischen Landtags haben einen Antrag eingebracht, der von der preussischen Regierung Maßnahmen zur Aufrichtung des „Einheitsstaates“ fordert; der Antrag ist mit erdrückender Mehrheit angenommen worden.

Die Öffentlichkeit weiß jetzt, warum man in Preußen sich mit der Verabschiedung einer Landesverfassung so wenig beeilt hat. Man hatte eben andere Pläne, Pläne, die eine solche Landesverfassung überflüssig machen müssen. Wie dieser Einheitsstaat, den der preussische Landtag fordert, aussehen soll, wird noch nicht gesagt; irgend welche Grundlinien sind noch nicht mitgeteilt worden. Aber die Tendenz des Antrages liegt ja vollkommen klar am Tage: Preußen will grundsätzlich die Vereinfachung aller bundesstaatlichen Selbständigkeit, und es ist „großmütig“ genug, als erstes seine eigene Selbständigkeit zu opfern und „im Reiche aufzugehen“. So lautet wenigstens die preussische Version.

Wir sind bei uns im Süden aber nicht so dumm, um dieser Version zu glauben. Wir wissen ganz genau, was die Aktion Preußens zu bedeuten hat. Es handelt sich keineswegs darum, daß Preußen in Deutschland aufgeht, sondern einzig darum, daß alle übrigen Bundesstaaten in Preußen aufgehen, daß sie von Preußen geschluckt werden sollen. Das ist der Kernpunkt der ganzen Frage!

Der Einheitsstaat nach preussischer Vorschrift oder nach preussischen Wünschen wäre weiter nichts, als die Verpreuung des Reiches. Und dafür bedanken wir uns hier im Süden mit aller Entschiedenheit und sind bereit, uns mit allen erlaubten Mitteln gegen eine solche Zumutung zur Wehr zu setzen.

Was auf dem Wege der Reichsverfassung einstweilen nicht möglich war, soll jetzt auf einem anderen Wege versucht werden. Wir sind die letzten, die sich einer vernünftigen Zentralisation, einer wohlüberdachten Zusammenfassung aller Kräfte entgegenstemmen. Aber wir haben aus der jüngsten Vergangenheit gelernt. Wir haben gesehen, welche großen Gefahren und Nachteile eine Verpreuung mit sich bringen würde. Diese Verpreuung war es ja gerade, die in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg und während des Weltkrieges bei uns im Süden eine so tiefgehende Mißstimmung, ja Erbitterung hervorgerufen hat.

Preußen ist das Heimatland des alten Systems, nicht der Süden. Und es ist überaus bezeichnend, daß die wilden Säbelrauber und Amerikanismen fast sämtlich Norddeutsche gewesen sind, die sozial und volkstümlich empfindenden Männer der letzten Jahre aber vor allem Süddeutsche. Wir brauchen nur an Männer wie Gröner, Scheff, Prinz Max von Baden, Payer, Gröber, Ebert erinnern. Während bei uns im Süden der Geist des alten Systems bereits innerlich in einer Weise überwunden ist, die zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt, ist gerade Preußen auch heute noch das Land, in dem sich die Reaktion am lautesten betätigt. Bevor die drei Mehrheitsparteien des preussischen Landtages an derartig gefährliche, die Existenz des Reiches aufs Spiel setzende Ideen eingehen, sollten sie erst einmal selber mit

der Reaktion in ihrem Lande fertig werden und die Bedrohungen von Seiten dieser Reaktion zu nichte machen. Wie weit es in Preußen gekommen ist, zeigt uns der Fall Friedberg. Es ist ein unerhörter Vorgang, daß der Führer einer der drei Regierungsparteien in Preußen sich zu einem so gehässigen und völlig überlegten Angriff auf den Reichsfinanzminister hinreihen läßt, wie das dieser Tage geschah. An sich wundern wir uns allerdings nicht darüber. Wir kennen Herrn Friedberg von jeher als einen Mann, der unfähig ist, wirklich demokratisch zu empfinden. Er war nicht umsonst in der alten nationalliberalen Partei der Führer des rechten Flügels. Und daß er sich auch nach den Erfahrungen der letzten Jahre wenig gewandelt hat, beweist sein neuerliches Auftreten. Dieser Mann gehört längst zur extremen Rechten. Und wir prophezeihen heute schon, daß er über kurz oder lang auch auf den Bänken der Reaktion landen wird.

Jedenfalls wissen wir hier im Süden ganz genau, woher der Wind weht, und wohin die Fahrt gehen soll. Wir sind zu einem jeden Zugeständnis bereit gewesen und auch heute noch bereit, das die Notlage des Reiches erforderte; und wir haben wahrlich Opfer genug gebracht. Aber bei diesem Antrag der preussischen Mehrheitspartei handelt es sich nicht um Notwendigkeiten praktischer Politik, sondern um ehrgeizige Pläne zur Macht und zum Einfluß, wie sie von jeher in Preußen beobachtet wurden.

Von Württemberg aus hat der sozialdemokratische Abgeordnete Ulrich erklärt, daß er und seine Partei der organischen Herbeiführung eines Einheitsstaates sympathisch gegenüberstehe; doch verlange auch er keine Unterdrückung der vorgeschrittenen süddeutschen Kultur durch preussische Rücksichtlosigkeit und weiter fordert er, daß gleichzeitig der Gedanke der Dezentralisation ohne den überhaupt das Ganze in Preußen selbst undurchführbar sei, auf das Programm gesetzt werde. Deutschland werde seine Kräfte nur dann entwickeln können, wenn die einzelnen Gebiete die Möglichkeit der Selbstentscheidung haben. Alles von Berlin zu holen, lehne er ab; man habe zu schlechte Erfahrungen damit gemacht.

Das ist ein Standpunkt, dem auch wir zustimmen können. Jeden vernünftigen Vorschlag, der der Zusammenfassung der Kräfte, der Förderung eines kraftvollen Nationalgefühls dient, werden wir mit Entgegenkommen zu prüfen haben. Aber die Idee einer Verpreuung lehnen wir auf das Bestimmteste ab. Das Reich müßte auseinanderfallen, der Reichsgedanke kläglich Schiffbruch erleiden, wenn man ernstlich daran gehen wollte, diese Idee durchzuführen. In Bayern hat der Antrag bereits wie eine Bombe gewirkt. Es war nach Lage der Verhältnisse doppelt unglück von der Mehrheit des preussischen Landtages, gerade in diesem Augenblick, der uns wahrlich mit anderen Sorgen belastet, jene Idee in die Debatte zu werfen.

Wir rufen die bairische Bevölkerung auf, sich zu dem preussischen Antrag zu äußern. Wir sind keine Sekunde im Zweifel darüber, daß diese Äußerungen in ihrer großen Mehrheit eine entrüstete und scharfe Ablehnung ergeben werden!

### \* Die kaiserlichen Randbemerkungen.

In einem karlsruher demokratischen Blatt werden die Randbemerkungen des Kaisers zu den Botschaftskräften als „durchaus ehrlich, natürlich und menschlich“ bezeichnet. Die Randbemerkungen enthalten, wie bekannt, Schimpfwörter, wie „Schwein“, „Gund“, „Hollunde“. In einer Art und Weise, die wir nicht anders als unfähig empfinden, wurden fremde Herrscher und Staatsmänner, aber auch die eigenen hohen Reichsbeamten, die ja diese Randbemerkungen zu Gesicht bekamen, „charakterisiert“.

Wenn das deutsche Volk jene freundschaftliche Kennzeichnung des hiesigen demokratischen Blattes sich wirklich zu eigen machen wollte, dann könnte es getrost die Hoffnung auf eine bessere Zukunft begreifen; dann wäre uns nicht mehr zu helfen. Das Ausland würde glauben, daß in Deutschland Karren und Pflöge regieren.

Wesentlich anders und durchaus zutreffend lautet die Beurteilung der kaiserlichen Randbemerkungen, die wir in einem Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 943 vom 18. Dezember) finden. Dieser Artikel ist es wert, gelesen zu werden. Wir drucken ihn hier im wesentlichen ab:

„Sicherlich darf man einen Menschen nicht nur nach Randbemerkungen beurteilen. Aber wenn ein Monarch von der einstigen Machtvolle Wilhelm II., der weiß, daß seine Äußerungen und Anregungen Aussicht haben, den obersten Beamten Direktiven zu geben, in einer unerhörten kritischen Zeit, wo diese Direktiven das Schicksal von Völkern und Ländern, ja eines Welttheiles entscheiden können — wenn er in einem solchen Augenblick wichtige Aktenstücke mit Randbemerkungen versehen, die der Regierung die Meinung des Kaisers und Königs kundgeben, dann müssen sie denn doch ein Licht auf die Persönlichkeit werfen. Man dürfte erwarten, daß wenigstens einigermaßen der Geist des geschichtlichen Augenblicks, des Ernstes der Dinge sie durchwehe. Aber diese Randbemerkungen, die jetzt mit den Aktenstücken zusammen veröffentlicht wurden, sind unglücklich. Sie sind es schon in der Form. Der Kaiser schimpft, Quatsch, Wech, Wölschinn, Gallunke, Pöbel, falscher Hund — sind einige der Ausdrücke, denen gegenüber es noch wie Schmeichelei ist, daß er den Reichslandtag nur wie einen Schlingensiefel herunterpöbelt. Da diese Äußerungen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, wäre die Form an sich noch nicht so schlimm. Aber man muß sich folgende Fragen stellen: Ein Mann, der sich so wenig zu beherrschen vermag, daß er schreibt, wie man auf dem Kaiserhof redete, unmöglich die Ruhe des Blickes haben könne, die gerade dieser Augenblick erforderte. Und das wird dann sehr bedauerlich.“

Man hat viel darüber geredet, in neuerer Zeit auch geschrieben, ob Wilhelm II. überhaupt geistig „normal“ sei. Aber das ist eine noch schwierigere Frage als jene andere. Was ist normal? Psychologen sind der Ansicht, daß es Menschen, die mit gutem Grund als normal zu bezeichnen seien, viel weniger gebe als man glaube. In eine der üblichen Krankheitskategorien wird man Wilhelm schwerlich einordnen können, wenigstens liegen dafür keine Beweise vor. Aber eines darf man sagen: Wenn man unter normal versteht, daß ein Mensch von 50 Jahren wissen muß, was er will, und den Dingen mit einer gewissen Überlegenheit gegenüberstehen muß, kurz, daß seine charakterliche Entwicklung einen Abschluß und Festigkeit gefunden habe, dann ist Wilhelm II. nicht normal. Dessen sind die Randbemerkungen endgültig Zeugnis. Denn sie zeigen einen Menschen von ganz unausgesprochener Art, wie man ihnen oft begegnet, ein Gemisch von Kind und Erwachsenen: es ist noch etwas von dem Kinde da, das sich hinterhältig läßt, Vorbeugen zu begehen und dann von Angst befallen wird, und so ist er der Erwachsenen, dessen Erziehung niemals vollendet wurde und der somit an einem gewissen Infantilismus krankt.

Als Erzherzog Franz Ferdinand ermordet wurde, empfand Wilhelm das nicht bloß menschlich, sondern auch als eine Eranbesangelegenheit. Mit dem Attentat war die Majestät überhaupt verletzt, und das mußte exemplarisch geahndet werden, auch im Interesse der Majestät, die in Berlin residierte. Dieses Gefühl beherrschte ihn so sehr, daß zunächst alle politische Überlegung dahinter verstand. Wie ein richtiges großes Kind war er geblieben, noch bevor sich Wien geäuert hatte, von einem ungeheuren Mut und Latenzdrang erfüllt, von jenem Mut, der eisen zu sein scheint, aber eben nur Schein ist, und der sich mit nichts Geringerem als mit der Personifizierung des Lebens begnügen konnte. Daher war er empört über den Botschafter Tschirschky, der — wie man nun hört — in Wien sofort jeden Anlaß benutzte, um nachdrücklich vor übereilten Schritten zu warnen, und dies nach Berlin berichtete. Hierzu machte der Kaiser folgende Randbemerkung: „Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm! Geht ihn gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist, was es hierauf zu tun denkt. Nachher heißt es dann, wenn es schief geht: Deutschland hat nicht gemollt! Tschirschky soll den Instanz gefällig lassen! Mit den Serben muß ausgeräumt werden und zwar bald.“ „Nicht oder nie“ ist eine zweite Randbemerkung des Kaisers zu diesem Aktenstück.

In dieser Art ging es nun eine Weile weiter. Tschirschky berichtete am 10. Juli, Graf Berchtold habe ihm gesagt, daß es ihm sehr unympathisch wäre, wenn die Serben alle Forderungen annähmen und daß er darüber nachsinne, welche Forderungen man stellen könne, die den Serben die Annahme völlig unmöglich machen. Hierzu der Kaiser: „Den Sandsthal räumen! Dann ist der Strauß sofort da! Den muß Österreich unbedingt sofort wieder haben, um die Einigung Serbiens und Montenegros und das Erreichen des Meeres seitens der Serben zu hindern.“ In demselben Aktenstück wird mitgeteilt, Graf Tisa behaupte, man müsse gentlemanlike vorgehen, wogu der Kaiser notiert: „Mördern gegenüber, nach

dem, was vorgefallen ist.“ Zu einer anderen Stelle desselben Berichtes zitiert der Kaiser eine Äußerung Friedrichs des Großen: „Ich bin gegen die Kriegsräte und Beratungen, insbesondere die timbere Parthei allemal die Oberhand hat.“ Man sieht, Wilhelm verzehrt sich in Ungeduld, und so begreift man es auch, daß er am 14. Juli, als Tschirschky berichtet, die Note werde so abgefaßt sein, daß ihre Annahme so gut wie ausgeschlossen sei, das Wort „ausgeschlossen“ zweimal unterstreicht. Bei alledem ist nicht zu vergessen, daß Wilhelm keineswegs an einen Weltkrieg dachte. Er dachte überhaupt noch an nichts anderes als daran, daß die Serben ein Tüchtiges auf den Kopf bekämen. Es fiel ihm dorezt gar nicht ein, daß irgend eine Macht in Europa es unternehmen werde, Österreich daran zu hindern. Denn königsmächtig gegenüber mußten doch alle Monarchen solidarisirt sein, mit Einschluß der Prästendenten, vor allem aber der Zar, da doch die russischen Kaiser bezugslos Objekte der Klientel waren. Als dann die Politik zu spielen begann, war Wilhelm übertraut und entriistet. Noch am 20. Juli hat er nicht begriffen, daß und warum Rußland nicht darauf verzichten werde, Serbien zu schützen. In diesem Tage las er einen Bericht des deutschen Militärbevollmächtigten in Petersburg, Gellius, der mitteilte, er habe in einem Gespräch mit Fürst Krabchokoi gesagt, die Verantwortung falle auf Rußland, das doch außerhalb des Konfliktfeldes stehe, wogu Wilhelm bemerkt: „richtig! In einer anderen Bemerkung zu demselben Bericht erklärt Wilhelm immer noch den Vorschlag, das Haager Schiedsgericht oder eine Konferenz der Mächte entscheiden zu lassen, als „Blödsinn“. In demselben Tage traf aus London die Depesche Lichnowskys ein, die alle Unklarheiten über die Haltung Englands beseitigte. Bis dahin waren die Randbemerkungen des Kaisers über England noch relativ gemäßig. Am 22. Juli berichtete Lichnowsky, Grey hege die Erwartung, daß es dem Einflusse Berlins in Wien gelingen sei, unerfüllbare Forderungen zu unterdrücken. Hierzu bemerkt der Kaiser: „Wie lächerlich! Ich geht mich gar nichts an! Was heißt unerfüllbar? Die Serbe haben Agitation mit Nord getrieben und müssen geduldet werden! Das ist eine ungeheuerliche britische Unverschämtheit. Ich bin nicht berufen, a la Grey, E. M. dem Kaiser Vorschriften über die Wahrung seiner Ehre zu machen.“ Am 24. Juli berichtet Lichnowsky u. a., daß Grey die Vermittlungsfunktion der vier nicht unmittelbar beteiligten Staaten antrage. Hierzu der Kaiser: „It überflüssig, da Österreich schon Rußland orientiert hat und Grey ja nichts anderes vorschlagen kann. Ich tue nicht mit, nur wenn Österreich mich ausdrücklich darum bittet, was nicht wahrscheinlich ist.“ In Grey's und vitalen Fragen konsultiert man andere nicht.“ Als aber dann am 29. Juli die Depesche Lichnowskys eintraf, in der er mitteilte, daß Grey ihm gesagt habe, die Lage spiege sich immer mehr zu, bemerkt der Kaiser: „Das härteste und unerhörteste Stück englischen Pharisäertums, das ich je gesehen! Mit solchen Sanktionen mache ich nie ein Attentat kommen.“ Was Wilhelm mit dem Pharisäertum meint, geht aus einer anderen, aber ganz zutreffenden Randbemerkung hervor: „Anstatt der Vermittlung ein ernstes Wort in Petersburg und Paris, daß England ihnen nicht hilft, würde die Situation sofort beruhigen.“ In demselben Bericht ist mitgeteilt, daß Grey erklärte, die britische Regierung könne absteigen, solange sich der Konflikt auf Österreich und Rußland beschränke. Hierzu: „Das heißt, wir sollen Österreich sitzen lassen. Urgeheim und meßsichoppeh! Aber daß ernstlich.“ In anderen Stellen wird Grey ein gemeiner Läufer genannt, der unaufrichtig alle die Jahre gewesen sei, bis in seine letzte Rede. Man sieht, die Randbemerkungen werden nun auch hier reichlich grob. Aber es ist doch eine andere Stimmung darin als etwa in jenen zu Tschirschky. Watausbrüche sind nicht immer ein Zeichen von Mut, sondern oft von Geantheit. Bezeichnend ist eine jüngere Schlußbemerkung die Wilhelm zu dem Bericht Lichnowskys gemacht hat:

„England bevorzucht sich im Moment, wo es der Ansicht ist, daß wir im Lappajagen eingeklinkt sind und fozulangen erleidigt. Das gemeine Krämmergeschick hat uns mit Diners und Reden zu täuschen versucht. Die größte Täuschung, die Worte des Königs für mich an sein: „We shall remain neutral and try to keep out of this as long as possible.“ Grey frost den König lähen und diese Worte an Lichnowsky sind der Ausfluß des bösen Gewissens, daß er eben das Gefühl gehabt hat, uns getäuscht zu haben. Zudem ist es tatsächlich eine Drohung mit Bluff verbunden, um uns von Österreich loszulösen und an der Moilmachung zu hindern und uns die Schuld am Priege zuzuschreiben. Er weiß ganz genau, daß wenn er nur ein einziges, ernstes, scharfes, abmahndes Wort in Paris und Petersburg spricht und sie zur Neutralität ermahnt, beide sofort stille bleiben werden. Wer er hütet sich, das Wort auszusprechen, sondern droht uns statt dessen! Gemeiner Hundsfott! England allein trägt die Verantwortung für Krieg und Frieden, nicht wir mehr. Das muß auch öffentlich klarstellt werden.“

Diese Worte zeigen die ungeheure Enttäuschung über die Haltung Englands. Daß eine solche Enttäuschung eintreten konnte, ist bezeichnend für den Dilettantismus des

### Landestheater.

„Meister Guido.“

Wenn es noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß dem Wiesbadener Komponisten Hermann Roedel mit seiner Erfindung Meister Guido, die im letzten Jahre ihre Uraufführung an unserem Landestheater erlebte, ein hervorragendes glücklicher Wurf gelang, so darf er nach der ersten dieswintertlichen Aufführung des Werkes als erbracht gelten. Wir haben selten, selbst bei Ur- und Erstaufführungen, einen wärmeren und anhaltenderen, aus spontaner Begeisterung heraus entstandenen Beifallssturm erlebt, als bei der gestrigen Vorstellung. Es gab zum Schluß mindestens ein Duzend Hervorrufe für die Darsteller und den Dirigenten; aber auch der gerade im Laufe weitende Komponist wurde mit stürmischer Hartnäckigkeit gerufen, bis er sich mehreremale an der Rampe gezeigt hatte. Der eiserne Vorhang mußte schließlich den Ovationen ein Ende machen. Der Vorgang wäre nicht von Bedeutung, wenn es sich nicht um ein so gebiegenes, künstlerisch ausgereiftes Kunstwerk, um eine der besten Schöpfungen der gesamten nachromantischen deutschen Opernliteratur überhaupt handelte. So aber darf man ihm im Verein mit verschiedenen anderen Vorwommnissen — es sei nur an die einmütige Ablehnung des Grünwaldischen Operntheaterprojekts durch Vertreter des Volksbildungsvereins, Generalschatten usw., erinnert — eine gewisse symptomatische Bedeutung beimessen, hat es doch den Anschein, als wende sich der Geschmack der Masse, angewidert von der Reichheit und Flachheit des Gros der neueren Opern — und sogar — Empfindlichkeit auf einmal wieder dem Schönen, Edlen und Geistigen zu. Das wäre immerhin ein günstiges Vorzeichen der heifersehnten endlichen Wiedergeburt unseres so jammervoll heruntergekommenen Volkes und vermöchte selbst dem pessimistisch gestimmten Betrachter unseres Zeitalters ein Funklein neuer Hoffnung einzumähen.

Aber das Werk selbst braucht nach dem Vorstehenden nicht mehr viel gesagt zu werden. Seine musikalischen und dramatischen Vorzüge habe ich hier anlässlich der Uraufführung ein-

gehend gewürdigt. Die gestrige Vorstellung konnte die damaligen Eindrücke nur bestätigen und verstärken. Wieder freute man sich der Eigenart und der Einheitslichkeit in der Struktur der Handlung und der Musik des Werkes, der Ursprünglichkeit und Selbstständigkeit der musikalischen Erfindung, der wunderbaren von feinstem Form- und Stilempfinden differenz organischen Gliederung, der prächtvollen Charakterisierung von Stimmungen und Personen, der feinsten Orchesterbehandlung und all der andern künstlerischen Werte, die in dieser reifen Schöpfung liegen. Auch die Aufführung als solche gefiel sich zu einem vollen Erfolg, für den Dirigenten, Herrn Cortollegis, sowohl, der mit hervorragendem Verständnis und kundiger Hand die Schönheiten der umfangreichen und komplizierten Partitur ans Licht hob, der Gesamt-aufführung Temporement und Schwung verlieh, und Sänger und Orchester mit sicherem Instinkt über alle Schwierigkeiten hinwegleitete, wie für die Gesamtheit der Mitwirkenden. In dem Guido Schöffels vereinigte sich reifte Gesangs-kunst mit darstellerischer Vornehmheit, gewinnender Liebdenwürdigkeit und feinem Humor zu überzeugender und padender Gesamtwirkung. Mit außerordentlicher Anmut, Innigkeit und Natürlichkeit im Spiel und reinster Schönheit, Wärme und Weselheit des Gesangs gab Frä. Sajih die Amata. Vortrefflich in Masse, Spiel und Gesang war auch der Graf Galantora Vättners. Reizvoll sang und spielte Frä. Friedrich die Piametta. Neu waren der gut spielte u. mit schönem u. warmem Ton gesungene Rudacone Walsh-Mollas, die gut gegebene Gestalt Frau Hermsdorffs und die tadelloso aussehende Griselba Frä. Roepfens. Ihre Leistungen reichten sich trefflich in das Ensemble der übrigen Darsteller ein, aus deren Zahl noch die Herren Ed. Bonifazio und Sagedorn (Donati), sowie Frau Josef-Lomskid (Centucca) mit Anerkennung hervorgehoben seien. Ein Sonderlob gebührt dem Orchester, das (das Soloquartett im 2. Akt inbegriffen) mit einer Wärme, Tonhöflichkeit und einem Glanz spielte, die in vielen an die besten Zeiten des einstigen Karlsruher Hoftheaters erinnern.

### Büchertisch.

Ein neuer Expresgut-Tarif, bearbeitet vom Stationsamt Karlsruhe-Hauptbahnhof, wird soeben ausgegeben (G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Preis M. 2.—). Er enthält außer den neuesten Bestimmungen eine Aufstellung der genau ausgerechneten amtlichen Gebührensätze für Expresgutbeförderungen von Karlsruhe nach allen bairischen Stationen, auch Nebenbahnen, sowie nach den bayerischen, württembergischen und frankfurt-bessischen Stationen, und auch nach Preußen und Sachsen.

Aus dem Leben der Antike. Von Geheimrat Professor Dr. Th. Ditz. Zweite Auflage. (232 Seiten. Gebunden 10 M. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig, 1910.) — Es wäre interessant zu wissen, wie viel Tausenden von Lesern Professor Ditz die Antike durch seine Willigen Werte nahegebracht hat, denen sie früher nur Schall und Rauch gewesen. Seine geist- und temperamentsvolle Art der Darstellung, seine stets feinen Vergleiche mit unserer Zeit, seine umfassende Sachkenntnis, machen das Lesen seiner Bücher aber auch dem unkundigen Laien zu einem Genuß. Deshalb hat auch dieser Band, der das Kleinleben der Antike in seinen Stützen behandelt, nicht kaum einem Jahre zu einer neuen Auflage gebracht. Ditz schildert hier die Römer und Griechen ihren Tag leben, wie sie sich liebten, wie sie aßen, ihre menschlichen Beziehungen zueinander, ihr geistiges und Verlebensleben, darüber erzählt er wie aus einem unerlöschlichen Born. Dabei ist seine Darstellung niemals trocken.

Die Welt der Liebe. Roman von Jakob Schaffner. (Froschier 2.— M. Verlag Grethlein & Co., G. m. H. B. in Leipzig. — Dieser Roman beantwortet Fragen, die uns die Zeitwooge aus der Tiefe der Menschenseele zum Problem aufgeworfen hat. Es sind hier über zeitlichen Kunststil und politische Parteistimmungen hinaus Menschen gestaltet, aus Empfindungsweisen, wie wir sie bei den arischen ruffischen Epikern finden. Und zwar macht Jakob Schaffner die Familie des gefühl hochstehenden Großstadtbewohners zum Mittelpunkt seines Romans.



# Möbelhaus

Ecke Douglas- und Kaiserstr. (Hauptpost)

Billigste Berechnung für:  
Schlaf-, Speise-, Herren-  
Zimmer, Küchen  
Einzel-Möbel  
Gute Ware.

# Gebr. Karrer

Hauptlager: Philippstr. 19 (Straßenbahn-Haltestelle) Tel. 522



Vollständige

## Sport-Ausrüstungen

Winter - Sport:

**Ski :: Rodel  
Schlittschuhe**

Rucksäcke Wickelgamaschen  
Aluminium - Touristen - Artikel  
**Thermos-Flaschen**  
Windjacken Sweater  
Ski-Mützen etc.

## Sporthaus Freundlieb

Karlsruhe, Kaiserstraße 185

Winter-Sport-Preisliste gratis und franko

### Bekanntmachung.

Am 24. Dezember bleiben unsere  
Geschäftsräume von 12 Uhr ab und  
am 27. Dezember den ganzen Tag  
geschlossen.

Karlsruhe, den 19. Dezember 1919.  
**Reichsbankstelle.**

Stößel, Kreder.

## Kunstfreunde

darfen nicht versäumen, die Ausstellung von  
Gemälden fleißiger und ausdauernder Künstler  
zu besichtigen. Große Auswahl von Radie-  
rungen, Aquarellen, Ebereschichte, Kunst-  
blätter, gerahmt und ungerahmt, gebogene  
Einschaltungen in Gold, Mahagonie usw.  
Reichhaltige Aufstellung von Kunstgewerbe,  
Keramik, Kunstgegenstände, bemalte Holzleichen,  
Kunstgläser, gerahmte Metall-Kunstler-Schmuck-  
Befestigung ohne Kaufzwang.

**Kunsthandlung-Kunstgewerbehaus  
Gerber & Schawinski**  
Kaiserstraße 221  
Fernsprecher 5081  
Karlsruhe i/B.

Die Geschäftsräume der unterzeichneten Banken  
und Bankfirmen sind am

**Mittwoch, den 24. Dez. 1919**

von mittags 12 Uhr an und am

**Samstag, den 27. Dez. 1919**

den ganzen Tag

**geschlossen!**

Badische Bank  
Veit L. Homburger  
Mitteldeutsche  
Creditbank  
Rheinische Credit-  
bank

Straus & Co.  
Süddeutsche Disconto-  
Gesellschaft  
Vereinsbank Karlsruhe  
e.G.m.b.H.

## Weihnachtsgeschenke

Gerahmte Bilder,  
Kunstblätter,  
Original-Radierungen  
Ebereschichte

empfehlen in großer Auswahl

**Kunsthandlung Schwarz**

Inh.: Karl Diekmann

Karlsruhe Kaiserstraße 225

### Großer Verkauf!

## Ulster

für Herren und Damen!

Gute Paßform! Solide Stoffe!

Starkes Futter!

Besonders vorteilhaft:

**Ulster**, II reihig, hell, reine Wolle **Mk. 200.-**

**Ulster**, II reihig, braun, stark Stoff **Mk. 225.-**

**Ulster**, I reihig und II reihig, braun  
u. blaugrau **Mk. 275.-**

**Ulster**, II reihig, hell, Flausch,  
reine Wolle **Mk. 350.-**

**Ulster**, II reihig, blau-grün-schwarz-  
braun, reine Wolle, unver-  
wüstlich **Mk. 400.-**

Besichtigen Sie mein Lager  
Sie finden etwas Passendes!

## L. Brotz,

Marienstraße 18, parterre

Kein Laden. Telephon 3950.

Sonntags geöffnet!

## Möbel

Schlafzimmer  
Wohnzimmer  
Herrenzimmer

in Eichen,  
Nußbaum,  
Mahagoni,  
poliert u.  
lackiert

in großer Auswahl.

## Küchen

echt Pitchpine, lackiert und gestrichen

Möbelhaus

**Maier Weinheimer**

Kronenstr. 32 KARLSRUHE Kronenstr. 32

## Weihnachts - Ferien!

Schüler sämtl. Lehranstalten  
verbessern die Handschrift

während der Ferienzeit in

**ca. 6-7 Lektionen**

bei 1-2 stündiger täglicher Übung.

Honorar Mk. 21.-

mit Material

Erfolge bekannt

wie Belege zeigen

Anmeldung: Montag, den 22. Dez.  
von morgens 9 Uhr an. Ergebnis empfiehlt sich

**F. Buck,** Spezialist f. Handschriftenverbesserung  
Lessingstrasse 78 IV.

## Baubund - Möbel

kaufen Sie preiswert  
und formschön gegen Barzahlung oder  
erleichterte Zahlungsbedingung  
bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

**Badischer Baubund**  
G. m. b. H. Karlsruhe

Karlsruherstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)

Fernsprecher 5157

Geöffnet: vormittags 8-12<sup>1/2</sup>, nachm. 2<sup>1/2</sup>-6 Uhr.

## Zur Massen-Vertilgung der Feldmäuse nur „Millimors“

**Millimors** ist billig. 1 Dose für 1/2, bis 1 Drogen  
W. 1.50. In Drogerien und Apotheken erhältlich,  
wo nicht zu haben, durch uns direkt zu beziehen.  
Chemisch-bakteriologisches Laboratorium „Millimors“,  
Karlsruhe, Herrenstraße 15.

## Praktische Weihnachtsgeschenke!

Werkzeug-  
schränke  
Werkzeugkasten  
Dilettanten-  
nobelbänke



Laubsäge- / Garn-  
Werkzeug- / turen  
Laubsäge-Spiele  
Laubsäge-Holz

Neu eingetroffen: Holzwerkzeuge.

**Adolf Pfeiffer** Abteilg. Werkzeuge

Lammstraße 6 Karlsruhe Teleph. 4988

## Handelskursus für Offiziere

Am 7. Januar beginnen wir wieder mit  
einem Kursus für aus dem  
Heeresdienst ausgeschiedene Offiziere.

**Unterrichtsfächer:** Buchführung, Bi-  
lanzwesen, Han-  
delskunde, kaufm. Rechnen, Bankverkehr, Kor-  
respondenz, eventl. Stenographie u. Maschinen-  
schreiben.

Dauer: 4 Wochen. — Tögl. 3-4 Stunden.

Ausführl. Auskunft u. Prospekte bereitwilligst  
durch die Schulleitung der

**Privat-Handelsschule „Merkur“**  
Karlsruhe, Karlstr. 13 (nächst dem  
Moninger), Telephon 2018.

## Jagd-Verpachtung.

Am Mittwoch, den 7. Ja-  
nuar 1920, nachm. 3<sup>1/2</sup>  
Uhr, wird die Jagd der  
Gemarkung Reichenbach  
im Marktfleisch dafelbst auf  
die Dauer von 6 Jahren  
öffentlich verpachtet, wozu  
Jagdliebhaber auf ge-  
nannte Zeit eingeladen  
werden.

Die Gemarkung umfaßt  
ca. 454 Hektar Feld und  
Wald.

Reichenbach, 19. Dez. 1919.  
Der Gemeinderat:  
Vogel, Bürgermeister.  
Krug, Ratst.